

# Dramatische Situation an den Strom- und Gasmärkten

*Wie lange noch ignoriert die Bundesregierung die Energiepreisexplosion?*

von Prof. Fritz Vahrenholt

Die ersten energieintensiven Unternehmen der Düngemittel-, Glas-, und Papierindustrie stellen ihre Produktion wegen zu hoher Strom- und Gaspreise ein und das Wirtschaftsministerium schaut zu.

„Einige Unternehmen haben Schwierigkeiten, für Januar oder Februar Gaslieferverträge zu bekommen, die eine kostendeckende Produktion ermöglichen. Das könnte in Einzelfällen die Produktion gefährden“, sagte Christoph René Holler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Keramischen Industrie, dem Handelsblatt.

Aus Sicht von Gernot-Rüdiger Engel, Energierechtsexperte der Kanzlei Luther, ist die Entwicklung für viele Unternehmen des industriellen Mittelstandes eine schwere Bedrohung: „Die hohen Preise sind kein Alarmsignal mehr, sondern der Anfang vom Ende“, sagte er. Die Politik lasse die Industrie „am langen Arm verhungern“, kritisierte Engel.

Das Bundeswirtschaftsministerium gibt sich gelassen. Man beobachte das Thema Preise und Preisentwicklungen „sehr genau“, teilte eine Sprecherin auf Anfrage des Handelsblatts mit.

Wie dramatisch die Situation an den Strom- und Gasmärkten geworden ist,

zeigt die Situation des Energiekonzerns UNIPER, einem der großen deutschen Strom- und Gasversorger. UNIPER hat sich nun mit Gas eingedeckt und musste – wie üblich im – Vorfeld Sicherungsleistungen an die Gasverkäufer leisten. Steigen die Rohstoffpreise, steigen auch die Sicherungsleistungen, die überwiesen werden müssen. Die Preise sind mittlerweile so extrem angestiegen, dass selbst ein Großkonzern wie UNIPER diese Anzahlung nicht mehr aus eigener Kraft stemmen kann. UNIPER rief die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) um Hilfe, die mit einem Zwei-Milliarden-Kredit einsprang. Andere Energieunternehmen könnten womöglich bald ebenso auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Wie das Handelsblatt berichtete, hat der Branchenverband BDEW für andere Versorger ebenfalls eine Absicherung durch die KfW gefordert.

## Nicht nur Preise steigen – auch die CO<sub>2</sub>-Ziele werden gerissen

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland ist im Jahr 2021 durch das schwache Windjahr und die hohen Gaspreise, die zu vermehrter Kohlenutzung führten, um 33 Mio. t CO<sub>2</sub> angestiegen. Und in den nächsten Jahren werden Dank des Kernenergieanstiegs nicht nur die Preise steigen, sondern auch die Emissionen. „Wir wer-

den unsere Ziele vermutlich auch für 2022 noch verfehlen, sogar für 2023 wird es schwer genug“, sagte Bundeswirtschaftsminister Habeck der Wochenzeitung «Die Zeit». Als Ausweg bietet der Wirtschaftsminister den verstärkten Bau von Windrädern an. Im Durchschnitt müssten es 1.000 bis 1.500 neue Windräder im Jahr sein, sagte Habeck in «Die Zeit».

Nehmen wir die größten Onshore-Anlagen der 4-5 MW Klasse mit 10 Mio. kWh pro Jahr, so erzeugen 1.000 Anlagen 10 TWh, 1.500 Anlagen 15 TWh. Multipliziert mit acht Jahren bis 2030 sind das 80 bis 120 TWh. Das Ziel der Bundesregierung ist 80 Prozent erneuerbaren Strom von 680-750 TWh (Koalitionsvereinbarung S.56) erzeugen zu lassen. Durch Offshore Wind und Solar sollen 320 TWh gedeckt werden (Koalitionsvereinbarung S. 57), durch Wasserkraft, Biomasse und Onshore Wind werden heute 174 TWh gedeckt. Die Differenz zwischen diesen Zahlen müssen neue Onshore-Windräder abdecken. Die Differenz ergibt aber 186-256 TWh, etwa doppelt so viel wie Herr Habeck (80-120 TWh) bauen will. Kann er nicht rechnen? Und was passiert an Flaутetagen?

Diese Menge ist aber auch nie und nimmer zu importieren. Und selbst wenn, wäre es überwiegend aus Sicht der Grünen ein abzulehnender Stromimport. Denn addiert man die Stromerzeugung der neun Nachbarländer (einschließlich Norwegen), die uns beliefern könnten, so produzieren diese 568 TWh nach Auffassung der Grünen nachhaltigen „guten“ Strom (Wasserkraft, Wind, Solar und Biomasse), aber auch 847 TWh aus Sicht der Grünen nicht nachhaltigen „bösen“ Strom (Kernenergie, Gas, Kohle). Zwei von drei Kilowattstunden, die wir importieren, sind also „böse“ (siehe Grafik unten von Rolf Schuster).

Die überhebliche Arroganz, mit der in diesen Tagen grüne Wortführer die EU-Taxonomieverordnung (für Kernkraft- und

